

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Auerbürger  
für Anzeigen die Postämtern  
gegen. — Erscheint wöchentlich.  
Anspruch: Anschlag Nr. 53.

Postgenosse der Auerbürger  
Anzeiger für das Erzgebirge  
Anzeiger für das Erzgebirge  
Anzeiger für das Erzgebirge  
Anzeiger für das Erzgebirge  
Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1940.

Nr. 207

Donnerstag, den 4. September 1924

19. Jahrgang

### Wirkungen des deutschnationalen Umfalls.

Wer weiß — wenn die Manager in der deutschnationalen Reichstagsfraktion gewußt hätten, daß die Wahlminderung von 48 Mann zur Annahme des Reichstagswahlgesetzes eine solche Entrüstung unter den eigenen Parteigenossen im Lande erregen würde, dann hätten sie vielleicht eine andere Taktik eingeschlagen, beispielsweise wären sie dann nach der Rückkehr der deutschen Unterhändler aus London in vorepoire umgefallen. Aber das Unglück ist nun einmal geschehen, weil man sich daran gewöhnt hatte, den deutschnationalen Wählern den größten Widerstand zuzumuten, und nun muß man sehen, wie man mit möglichstem Aufwand und ohne allzuviel Verluste aus dem ärgerlichen Handel herauskommt. Die hauptsächlichste Presse der Rechte tut es indem sie die Parole besetzt: „Ueber das Thema darf nicht gesprochen werden!“ Sie vertieft sich mit Reden in die Kriegsschuldfrage, in die Frage der Räumung Dortmunds und ähnlicher Dinge, dagegen geht sie dem Konflikt in der eigenen Partei mit großem Vogel auf dem Wege. Ganzlich torschweigen kann sie allerdings die Kundgebungen aus dem Lande nicht; und so werden diese denn widerwillig, ohne Kommentar abgedruckt. Das genügt aber zusammen mit den Nachrichten aus den Provinzen selbst vollständig, um über die Stimmung in der Deutschnationalen Volkspartei aufzuklären zu werden. Und diese Stimmung ist sehr böse gegen die allzu schlaunen Herrn in der Fraktion, die durch ihre blamable Taktik die Tagesgespräche zur Annahme gebracht, gleichzeitig aber der bisherigen Haltung der Partei rücksichtslos ins Gesicht geschlagen haben. Es ist unumgänglich die Entschuldigungen deutschnationaler Organisationsstellen, deren Zahl nämlich wachstümlich aufzuführen. Es genügt aber, festzustellen, daß die treulose Haltung der Fraktion allgemein gemißbilligt und scharf getadelt wird. Offensiv werden auch in den Wahlkreisen, deren Vertreter mit Ja gestimmt haben, die Reinsager gelobt. So ist es z. B. dem Abg. Wallraf gegangen, der den Landesverband Hannover-Süd nicht davon zu überzeugen wußte, daß er zutreffend mit Ja gestimmt hätte. Anderen Zusage ist es noch schlimmer gegangen: der Bezirksverband Mittelweida bringt in einer Entschuldung zum Ausdruck, „daß unser Vertrauen zu unserem Reichstagsabgeordneten Herrn Prof. Dr. Höflich und zur Parteileitung stark erschüttert ist“. Eine Klärung der ganzen Angelegenheit wird von einem möglichst bald einzuberufenden Parteitag erwartet. Noch rabiatere sind die Deutschnationalen in Bremen, das zum Wahlkreis des Fürsten Bismarck gehört, der bekanntlich auch mit Ja gestimmt hat. Da hat ein Freiherr v. Hünefeld an den Vorsitzenden des Landesverbandes Bremen der Deutschnationalen Volkspartei einen offenen Brief gerichtet in dem es heißt: „Wir gedenken unter keinen Umständen uns mit der Entscheidung, die seitens der Parteileitung getroffen worden ist, abzufinden, und wir erwarten, daß die Abgeordneten unseres Wahlkreises unverzüglich ihre Mandate niederlegen.“ Außer dem Stützpunkt des Fürsten Bismarck verlangen die im Hünefeld also auch den des zweiten deutschnationalen Abgeordneten des Wahlkreises des Herrn Hart. Gleichfalls eines Zusage.

Ob diese tiefgehenden Differenzen die äußere Geschlossenheit der Partei nachhaftig zu erschüttern vermögen kann man mit Ruhe abwarten. Jedenfalls ist bemerkenswert, daß auch solche deutschnationalen Organisationsstellen die den Londoner Pakt einschließen hervorheben, die Notwendigkeit der Erhaltung einer einheitlichen Partei betonen, so der Landesverband Hannover, die deutschnationalen Studentenschaft und die Bismarckjugend. Andererseits hört man bereits, A. D. aus dem Wahlkreis Potsdam II, von einer Umbänderung einzelner Personen und sogar ganzer Vereine zu den Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen selbst tun natürlich alles Mögliche, um Del in das Feuer zu stoßen und die Erdbebenhaftigkeit und Verlogenheit der deutschnationalen Taktik geltend zu machen. So schreibt der völkische Abgeordnete Steller im „Deutschen Tageblatt“ (Nr. 202): „Es könnte den viel klirrenden Hund lammern der von diesen Umfallschändern scheinlich kein Stützpunkt mehr annehmen wird, wenn man an die wirklich vollendete Kunst denkt, die auf die „Regie des Umfalls“ verschwendet wurde. Wie herrlich war es zu sehen wie die deutschnationalen Heiden ihre roten die Versklavungskontrakte ablehnenden Karten zückten, wie sie sie demonstrativ den Sozialdemokraten auf der anderen Seite des Hauses und sogar den feindlichen Vertretern in der Diplomatensloge entgegenhielten, nachdem ihr großer Führer und Staatsmann Dergt wenige Tage vorher in wahrhaft heldischer Pose gerufen hatte: „Ich

### Die Sicherung des Weltfriedens.

#### Der amerikanische Abrüstungsplan. — Jeder angreifende Staat als Verbrecher vor dem Haager Schiedsgericht.

#### Für ein Inspektionsrecht des Völkerbunds.

Genf 2. Sept. Der Abrüstungsplan des amerikanischen Generals Biss, der angesichts des scharfen englisch-französischen Gegenwärtigen über den Garantiepaktentwurf mehr und mehr in den Vordergrund des Interesses rückt, sieht folgende Punkte vor:

1. Er erklärt jeden Angreifer und jeden, der einen Krieg aus anderen Gründen als der Verteidigungsfähigkeit als einen Verbrecher, aber dessen Verbrechen der Haager Schiedsgerichtshof abzuurteilen hat.
2. Jeder Angreifer und jede Vorbereitung dazu gilt auch wenn sie nicht zum Krieg führen sollte als Verbrechen.
3. Jeder bedrohte Staat ruft das Gericht an.
4. Wer innerhalb von vier Tagen nach Erhebung der Klage die Kompetenz des Gerichtshofes nicht anerkennt gilt als Angreifer.
5. Als Strafe wird der Abbruch aller juristischen, industriellen, finanziellen und kaufmännischen Beziehungen seitens aller Teilnehmer gegen den Widerspenstigen bestimmt. Er trägt alle Kosten.
6. Wenn Gewaltanwendung gegen ihn notwendig werden sollte, prüft jeder Mitgliedsstaat seine Interessen und Pflichten.
7. Die Herabsetzung der Rüstungen wird allgemein beschlossen.
8. Die Schaffung entmilitariserter Zonen wird empfohlen.
9. Ein ständiger Beirat wird geschaffen, der mindestens innerhalb drei Jahren einmal zusammentreten muß.
10. Der Völkerbund schafft eine ständige Nachrichtenkommission, die überall Inspektionsrechte hat.
11. Jeder Staat kann diesem Vertrag beitreten und kündigen.
12. Der Vertrag tritt für Europa in Kraft wenn fünf Staaten, darunter Frankreich, England und Italien, beigetreten sind. Für die übrigen Weltteile müssen Japan, die Vereinigten Staaten, drei mittelamerikanische Staaten, vier südamerikanische Staaten darunter Argentinien, Brasilien oder Chile sowie zwei afrikanische oder australische Staaten beitreten.

#### Die Vollziehung am Mittwoch.

Genf 3. Sept. Die wichtigste Rede bei der heute begonnenen Aussprache über den Ratsbericht hielt der englische Delegierte Gilbert Murray und zwar über die Frage des Minderheitenschutzes. Murray brachte eine Anregung in der Frage der deutschen Unfriede in Polen vor die nach dem Ratsberichte zur allgemeinen Befriedigung gelöst sei die aber nichtsdestoweniger zu albitel zweifelsvollen Weibungen Anlaß gebe. Das liege daran daß der Völkerbundsrat nach dem gegenwärtigen Verfahren immer erst eine Verlegung des Minderheitenvertrages abwarten müsse, bevor er die Schuldigen vor sich berufen könne. Demgegenüber möchte er anregen, daß Staaten, die in Angelegenheiten der Minderheiten Schwierigkeiten hätten, aus eigener Initiative das Gutachten des Rates einholten.

Die zweite wichtige Rede der Sitzung hielt von starkem Beifall begrüßt der Norwegier Nansen, der vor allem betonte, daß der Ratsbericht nicht von der Tätigkeit des internationalen ständigen Gerichtshofes enthalte. Hierauf erklärte der Präsident des Völkerbundes Hyman, daß der ständige Gerichtshof ein autonomes Organ sei, das nicht vom Völkerbundsrate abhängt, daß er aber den Gerichtshof Mitten werde

künftig zusammensetzende Darlegungen über seine Tätigkeit der Versammlung zu übermitteln. — Der japanische Delegierte Ishii und der deutsche Vertreter Wring-Alfred Dauleh sprachen vom zunehmenden Vertrauen des Orients zum Völkerbunde.

Die heutige Nachmittags-Sitzung der Völkerbundsversammlung, an der auch der heute mittag im Auto hier eingetroffene belgische Ministerpräsident Theunis teilnahm, mußte nach kaum einhalbstündiger Dauer geschlossen werden da nur zwei Redner, Brocopp (Holland) und Gurufuqu (Albanien) eingeschrieben waren.

Die Debatte am Donnerstag und Freitag wird ausschließlich der Sicherheits- und der Garantiefrage gelten. Macdonald ergriff morgen vormittag um 11 Uhr das Wort. In den der englischen Delegation nahestehenden Kreisen hört man, daß er sein System der Sicherheit und der Garantie vor allem auf den Schiedsgerichtsgebanken aufbauen werde. Herriot wird voraussichtlich seine Rede erst am Freitag vormittag halten.

#### Abrüstung und Militärkontrolle.

##### Herriot, Macdonald und Theunis suchen eine Einigung.

Genf, 3. September. Im Laufe des heutigen Tages wird Herriot mit Macdonald und mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis, der heute mittag hier eintrifft, versuchen, zu einer grundsätzlichen Einigung über die Frage der Abrüstung und der Militärkontrolle zu gelangen. Die große Debatte in der Völkerbundsversammlung über den Garantiepakt und die Abrüstung unter Teilnahme der drei Ministerpräsidenten dürfte deshalb kaum vor morgen stattfinden, da die drei Ministerpräsidenten heute voraussichtlich den ganzen Tag mit diesen vertraulichen Beratungen zubringen werden.

##### Presempfang durch Macdonald und Herriot.

Genf, 3. September. Macdonald empfing heute abend die Pressevertreter aller Länder. Die zwanglosen Mitteilungen bewegten sich vor allem in folgender Richtung: Das Problem der Sicherheit sei äußerst schwierig. Es müsse vor allem festgestellt werden, was unter Sicherheit zu verstehen sei. Die Frage müsse auf ihre wahren Dimensionen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zurückgeführt werden. Der Völkerbund, der die größte Friedenshoffnung sei, dürfe dabei nicht gefährlichen Prüfungen ausgesetzt werden. Macdonald bemerkte, die wichtigste Friedensgarantie liege im Ausbau des Schiedsverfahrens, das der einzige Weg für die endgültige Sicherheit der Völker sei. Den Garantiepaktentwurf des Völkerbundes erklärte Macdonald als erledigt. Den amerikanischen Entwurf betrachtete er als einen guten und nützlichen Beitrag. Ueber seine eigenen Vorschläge verweigerte er jede Auskunft unter Hinweis auf seine morgige Rede, ging aber wiederholt auf den Gedanken einer internationalen Abrüstungskonferenz unter Beteiligung Amerikas ein.

Genf, 3. September. Der französische Ministerpräsident Herriot empfing heute mehrere hundert Journalisten, denen er zunächst erklärte, daß die französische Delegation in zwei Sitzungen die vorliegenden Texte über die Abrüstungs- und Sicherheitsfragen und die allgemeine Lage geprüft habe, und daß morgen noch weitere Unterhaltungen und Unterredungen stattfinden würden. Was den amerikanischen Vorschlag über ein Sicherheitsabkommen betreffe, so habe er ihn geprüft und mit den amerikanischen Delegierten gesprochen, und er hoffe, die Verhandlungen mit ihnen fortzusetzen. Nähere Angaben könne er nicht machen.

#### Die Klärung der Kriegsschuld.

##### Die englischen Liberalen einer Nachprüfung nicht abgeneigt.

London, 3. Sept. „Daily Chronicle“ meldet die Liberale Unterhauspartei wird am 10. September zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem Parteivorstand zusammentreten. Zur Besprechung steht die Stellungnahme der Partei zu einem deutsch-französischen Handelsvertrag und zu der bevorstehenden Aufstellung der Kriegsschuldfrage durch Deutschland. In letzterer Frage herrscht innerhalb der Partei die Uneinigkeit zu einer eingehenden Aussprache und einer Neuprüfung der Schuldfrage.

London, 3. Sept. „Daily Telegraph“ sagt die deutsche Erklärung zur Kriegsschuldfrage habe in einem unglücklichen Augenblick erfolgt. Das Blatt begründet es, daß der Erklärung bisher noch nicht eine Note gefolgt sei; denn es besteht wenig Aussicht, daß die Frage in London amtlich aufgenommen werden würde, obwohl sie schon inoffiziell zwischen den Verbänden erörtert worden sei.

müchte fast sagen. Hier sehe ich, ich kann nicht anders!“ Wie herrlich, wie sie auch noch wie ein Mann selbst ohne ihre ablehnenden Karten hervorholten, als endlich der langersehnte Augenblick herannahte, das entscheidende Votum zu bestimmen, das „das zweite Verfall“ in sich schloß: das Offenbahngesetz. Da war die Herztliche Regiekunst wirklich auf ihrer vollen Höhe. Bis dann ein Raunen und Lucheln bei den feindlichen Diplomaten oben anhub und ein drittes ähnliches Weinsen sich mehr und mehr auf ihren Gesichtern ausdrückte: unter den roten Karten, schamhaft bis zum letzten Augenblick versteckt, waren die weißen Jettel, die für das Versklavungsgesetz stimmten, sichtbar zum Vorschein gekommen und unter dem Beifall der feindlichen Diplomaten in sie verstreut zu werden. „Ihr habt es nicht mit angesehen; aber ich gebe zu; es war erniedrigend, es war schamlos, es war erbärmlich!“ — Jedes Wort des Julises würde die Wirkung dieser Schilderung nur abschwächen.

Wittsbau  
berg.  
ort.



Abd. 8 Uhr  
Carola.

und  
men

fe

guter  
unter

langer

tragen  
preiswert

Uhle

stin

Stellung  
verändern

Er

Film

S

George

alger

P.

laup-

ar.

III

en

12.00

14.00

16.00

18.00

20.00

22.00

24.00